

**Rede von Herrn Oberbürgermeister Ralf Broß
zur Einbringung des Haushalts 2021
in der Sitzung des Stadtrats am 16.12.2020**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
lieber Herr Bürgermeister Dr. Ruf,
meine Damen und Herren,

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021, den wir heute traditionell in der letzten Sitzung des Gemeinderates im zu Ende gehenden Jahr einbringen, steht in vielfacher Hinsicht unter schwierigen Vorzeichen und unterscheidet sich deutlich von den Planentwürfen der Vorjahre. Vor einem Jahr hätten wir niemals mit dieser gesellschaftlichen und vor allem finanzwirtschaftlichen Entwicklung infolge der Corona Pandemie gerechnet, wie wir sie heute erleben. Vor einem Jahr war die Welt noch in Ordnung.

Das alles hat sich geändert: Der sichere Boden unter unseren Füßen hat nachgegeben. Wir werden zwar nicht in die Tiefe stürzen, aber wir kommen aus dem Gleichgewicht.

Bereits im letzten Jahr bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2020 haben wir darauf hingewiesen, dass wir ständig verpflichtet sind, nachhaltig zu wirtschaften und ein Auge auf die Ausgabenentwicklung zu werfen, damit wir unseren Haushalt nicht in guten Zeiten ruinieren. Es sind nämlich die Kostensteigerungen im laufenden Betrieb, die uns Sorge bereiten: Folgekosten durch getätigte Investitionen in Form von zusätzlichen Abschreibungen, erhöhtem Unterhaltungs- und Instandsetzungsaufwand, zusätzliche Energie- und Personalkosten, die unsere Handlungsoptionen einschränken. Diese Zusammenhänge waren uns immer bewusst. Niemand hat seinerzeit aber erahnen können, dass uns gerade diese Kosten davonlaufen. Nicht, weil wir plötzlich über Nacht überbordende Kosten produziert hätten, sondern weil wir durch das Wegbrechen der laufenden Einnahmen keine ausreichende Gegenfinanzierung mehr schaffen.

Seit Ausbruch der Corona Pandemie im März hat sich unsere Gesellschaft komplett verändert. Die Einbrüche und Herausforderungen im öffentlichen Leben, in der Wirtschaft, in der Kultur, im Einzelhandel, in Gastronomie und Hotellerie, in der Medizin und der Pflege und auch im persönlichen familiären Umfeld haben sich stärker verändert, als wir es jemals für möglich gehalten haben.

Auch unser städtischer Haushalt ist davon betroffen. Er ist in den Strudel einer Abwärtsbewegung geraten und die heutige Ausgangssituation bei Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für 2021 war noch nie so unsicher und so ambivalent wie in diesem Jahr.

Ambivalent deshalb, weil wir zwar in den letzten Jahren nachhaltig gewirtschaftet haben. Unser Blick war immer auf die Handlungsfähigkeit unserer finanziellen Möglichkeiten gerichtet. Wir haben uns stets zu einem ausgeglichenen Haushalt bekannt, d.h. nur diejenigen Investitionen eingeplant, die wir auch aus eigener Kraft ohne Kreditaufnahme finanzieren konnten. Dadurch legten wir uns ein finanzielles Polster zu. Diese liquiden Mittel belaufen sich am Ende dieses Jahrs auf voraussichtlich 29,2 Millionen EUR. Eigentlich ein gutes Ruhekissen.

Aber nur eigentlich, denn die Ambivalenz unserer Situation heute besteht nun gerade darin, dass wir uns auf diesem Ruhekissen nicht ausruhen können, sondern auf dieses Ruhekissen zwingend angewiesen sind, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Die liquiden Mittel müssen wir zur kurzfristigen Kompensation der wegbrechenden Einnahmen verwenden.

Nur auf diese Weise können wir unseren vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen bei der Verkehrssicherungspflicht, den differenzierten Angeboten der U3-, Kita- und Schülerbetreuung, der Gebäudeunterhaltung, der Digitalisierung u.v.m. nachkommen. Diese Mittel stehen dann nicht mehr für investive Zwecke zur Verfügung. Unser Handlungsspielraum wird dadurch massiv eingegrenzt. Er tendiert gegen Null. Die kommunalpolitische Entscheidungshoheit, wo wir die angesparten Mittel zukünftig einsetzen wollen, ist uns durch Corona weitgehend genommen worden.

Das hat Konsequenzen für unsere mittelfristigen Investitionsplanungen. Dazu später mehr.

Die finanzielle Situation von Bund, Land und der Städte ist dramatisch. Und wir befinden uns mitten drin. Unsere Situation ist trotz der Rücklagen, die uns kurzfristig in diesem und auch im nächsten Jahr helfen, in mittel- bis langfristiger Hinsicht ab dem Jahr 2023 besorgniserregend.

Zwar haben wir bereits Ende März eine Haushaltssperre als erste Notmaßnahme beschlossen und im Sommer am 24. Juni über einen Nachtragshaushalt unsere Finanzen im laufenden Jahr in Ordnung gebracht. Trotzdem rutschen unsere ordentlichen Ergebnisse in den kommenden Jahren tief in den Keller.

Nach durchweg positiven Abschlüssen in den letzten acht Jahren jährlich zwischen +2 Millionen und +6 Millionen EUR Überschuss gehen wir für dieses Jahr nun von einem Verlust in Höhe von -2 Millionen EUR aus, im Jahr 2021 von -7,1 Millionen EUR und im Jahr 2022 von -6,6 Millionen EUR. Ich habe Ihnen die grafische Übersicht dazu in der Sitzung des Gemeinderates am vergangenen Mittwoch gezeigt, als wir über das Ergebnis der Prüfaufträge aus der Haushaltsstrukturkommission des Gemeinderates berichteten. Sie können sich erinnern. Die dargestellten blauen Säulendiagramme kippen ab 2021 dramatisch in den Verlustbereich. Im Kapitel 6.2 zur *Gesamtentwicklung des Ergebnishaushaltes* unseres Planentwurfs können Sie diese Grafik ebenfalls finden.

Der Aussagewert dieser Grafik scheint mir auf viele weitere Entwicklungen übertragbar, so dass sie schon fast Symbolcharakter für die Entwicklung unseres städtischen Haushaltes hat, nämlich: Tendenz fallend. Nur eine Entwicklung zeigt nach oben: der Finanzierungsbedarf.

Eine gute Nachricht ist, dass wir von den Rettungsschirmen des Bundes und des Landes mit einer bundesweiten Rekordsumme profitierten. Insgesamt flossen rund 5 Millionen EUR in diesem Jahr in die Stadtkasse, davon allein

- 4,2 Millionen EUR Bundeshilfen als Gewerbesteuerkompensation,
- 500.000 EUR Corona-Soforthilfe des Landes u.a. für die wegbrechenden Einnahmen bei den Kita's, der Musikschule, der Volkshochschule und für coronabedingte Aufwendungen sowie

- 300.000 EUR, die im Rahmen des Sofortausstattungsprogramms für digitale Endgeräte ausgeschüttet wurden.

Mit diesen Rettungsschirmen konnte nur das Notwendigste abgedeckt und nur die finanziellen Einbrüche für den laufenden Haushalt 2020 in Grenzen gehalten werden. Es handelt sich hierbei nämlich um einmalige Hilfen und weitere Rettungsschirme für die nächsten Jahre sind zumindest derzeit nicht in Sicht.

Nicht außer Betracht lassen sollten wir an dieser Stelle die zeitverzögerte Wirkung der Finanzhilfen im System des kommunalen Finanzausgleichs. Die Finanzhilfen werden uns in zwei Jahren bei der Ermittlung unserer Steuerkraft durch das Land einnahmемindernd angerechnet. Das ist auf die Systematik des kommunalen Finanzausgleichssystems in Baden-Württemberg zurückzuführen.

Die Einzelheiten wird Herr Walter im Anschluss erläutern.

Viele Kommunen werden ihre Handlungsfähigkeit verlieren.

Nach der aktuellen Steuerschätzung müssen die Kommunen in Deutschland in den Jahren 2020 - 2024 mit Ausfällen in Höhe von rund 50 Milliarden EUR rechnen. Und gerade die für die Kommunen so wichtige Ertragssteuer, die Gewerbesteuer, wird laut der aktuellen Steuerschätzung für alle Kommunen in Deutschland stark zurückgehen.

Auf der Basis der Finanzplanung reduziert sich die Gewerbesteuer in unserer Stadt von 15 Millionen EUR im Jahr 2020 um 2,5 Millionen EUR auf 12,5 Millionen EUR in 2021. Im Folgejahr 2022 rechnen wir mit lediglich 13 Millionen EUR Gewerbesteuerereinnahmen.

Addiert man zur Gewerbesteuer noch die weiteren wichtigen Einnahmearten hinzu, dann fehlen uns in 2021 insgesamt rund 7,2 Millionen EUR und in 2022 rund 6,3 Millionen EUR.

Unter diesen Bedingungen sind eine geordnete Haushaltswirtschaft und eine dauerhafte Leistungsfähigkeit unseres städtischen Haushaltes nur schwer vorstellbar.

Es wird keine Überraschung sein, dass viele Städte vor diesem Hintergrund dem Regierungspräsidium keinen ausgeglichenen Haushalt zur Genehmigung vorlegen können. Wir schaffen es gerade noch. Ich habe bereits erwähnt, dass wir in unserem Planentwurf zwar mit einem Defizit von 13,6 Millionen EUR abschließen, diesen Negativsaldo jedoch durch Entnahme aus unserem Finanzierungsmittelbestand kompensieren können.

Aber das ist keine Botschaft, die beruhigen, sondern nachdenklich machen soll. Denn es handelt sich dabei um einen einmaligen Effekt, den wir nicht jedes Jahr wiederholen können.

Wir müssen mit dieser Situation neu umgehen lernen!

Zumal wir in den letzten zehn Jahren erfolgsverwöhnt waren. Wir haben regelmäßig einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Wir haben im Sinne einer intergenerativen Gerechtigkeit alle entstandenen Vermögensverbräuche im Geld- und Sachvermögen durch entsprechende Ressourcenzuwächse wieder ausgeglichen.

Vor diesem Hintergrund hat die Haushaltsstrukturkommission bereits im Sommer Vorschläge erarbeitet, wie die finanzielle Situation im laufenden Betrieb verbessert und der Nettoressourcenverbrauch reduziert werden kann. Die Verwaltung wurde damit beauftragt, diese Vorschläge weiter zu untersuchen. Das haben wir getan und dem politischen Gremium zahlreiche Sparvorschläge zur Diskussion vorgelegt. Insgesamt umfassten diese Vorschläge ein Einsparpotential von rund 500.000 EUR pro Jahr über Preisanpassungen, Angleichung der Benutzungsentgelte an landesweiten Orientierungswerten oder Reduzierung von Öffnungszeiten. Alle Einrichtungen und alle Teilhaushalte hat die Haushaltsstrukturkommissionen dabei geprüft: die Museen, die Volkshochschule, die Stadthalle, die Stadtbücherei, Schulen und Kindergärten, die Feuerwehr und auch die Ortschaftsverwaltungen. Wir wollten in unserer letzten Sitzung am 9. Dezember auf Empfehlung des Kultur-, Sozial und Verwaltungsausschuss (KSV) darüber beschließen. Von den denkbaren 500.000 EUR Einsparungen, die die Strukturkommission einstimmig vorgegeben hat, waren allerdings lediglich 200.000 EUR mehrheitsfähig. Die vorgeschlagenen Aufgabenverlagerungen und Reduzierung von Öffnungszeiten bei den Ortschaftsverwaltungen kristallisierten sich am Schluss der politischen Beratungen als strittiges Thema heraus.

Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.

Und die Wirklichkeit in der letzten Woche bestand darin, dass im Gemeinderat nun keine Mehrheit mehr für die Einsparvorschläge bei den Ortschaftsverwaltungen in Sicht war.

Wirklich ist aber auch, dass wir um weitere Sparvorschläge nicht herumkommen.

Daher begrüße ich ausdrücklich die Bereitschaft der Ortsvorsteher, über konkrete Sparvorschläge nachzudenken. Wir müssen uns darüber im nächsten Jahr noch einmal intensiv damit auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, auch an diesem Beispiel wird deutlich: „wir haben ein Problem mit Soll und Haben: wir sollten, aber wir haben nicht.“

Diese Erkenntnis stammt von Manfred Rommel und drückt genau die Situation aus, in der wir uns befinden.

Die Ansprüche sind hoch und die Bereitschaft, auf Dienstleistungen in der bewährten Form zu verzichten, sehr niedrig.

Wenn wir im laufenden Verwaltungsbetrieb Einsparungen erzielen wollen, dann sind die Möglichkeiten mittlerweile beschränkt. In den vergangenen Jahren hat der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung bereits regelmäßig im Zuge der Aufgabenkritik Haushaltskonsolidierungsvorschläge umgesetzt. Ich erinnere zuletzt an die Untersuchungen zur Aufgabenkritik von Rödl & Partner aus dem Jahr 2011/2012. Unsere strukturellen Einsparmöglichkeiten sind nahezu erschöpft.

Unser Spielraum wird kleiner. Das gilt auch für den investiven Bereich im Finanzhaushalt.

Wir wollen und wir müssen weiterhin in die notwendige Infrastruktur unserer Stadt investieren, um einen Mehrwert für unsere Bürger schaffen.

Wir werden unsere Tätigkeiten bei der Schaffung von bezahlbarem **Wohnraum und Wohnbauland** weiterführen. Die Erschließung des letzten Abschnitts auf der *Spitalhöhe* und die Vermarktung der Bauplätze sind in vollem Gange. Im nächsten Jahr können dort die Grundstücke verkauft und bebaut werden. In den Ortsteilen Hausen und Gölldorf werden mit *Bronnenkohlrauzen* und *Brunnenäcker* weitere

Baugebiet für Familien zur Verfügung stehen. Mittel- bis langfristig wollen wir in Neufra das Wohngebiet *Berland*, in Bühlingen das Wohngebiet *Hölzle*, in Zepfenhan das Wohngebiet *Immengärtle* und in der Kernstadt die Erweiterung des *Hegnebergs* realisieren. Die Nachfrage nach Bauplätzen für Familien ist in Rottweil sehr groß. Wir profitieren davon auch in finanzieller Hinsicht. Mittlerweile ist nämlich der Einkommensteueranteil mit 14,7 Millionen EUR höher als unsere Gewerbesteuererinnahmen mit 12,5 Millionen EUR, jeweils für Jahr 2021 prognostiziert.

Wenn wir Bauland für Familien schaffen, im besten Fall für junge Familien mit Kindern, dann müssen wir dafür auch die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen. Damit meine ich weniger Ver- und Entsorgungsleitungen oder Straßen, Gehwege und öffentliche Plätze und Grünzonen, sondern vielmehr die erforderlichen Betreuungseinrichtungen wie Kinderkrippen für Unterdreijährige und Kindergartenplätze. Auf der *Spitalhöhe* entsteht derzeit zusätzlicher Raum für insgesamt 80 Plätze. Wir investieren hier insgesamt 3,4 Millionen EUR und werden auch in den nächsten Jahren in weitere Betreuungsplätze investieren. Insgesamt über 1,5 Millionen EUR finanzieren wir für die Erweiterung oder Neuschaffung des Angebotes bei der Krippe *Sonnenhaus*, für die Umnutzung der ehemaligen *Edith Stein Schule* und in einen Kindergartenneubau in der Eisenbahnstraße. Hinzu kommen weitere 5,5 Millionen Euro als Investitionszuschüsse für Einrichtungen anderer Träger. Derzeit läuft auch die Prüfung, in welchem Umfang das Angebot in Hausen erweitert werden kann. Bereits heute kann der Bedarf nach U3- und Kindergartenplätzen mit den vorhandenen Angeboten in unserer Stadt einschließlich Ortsteilen abgedeckt werden. Es bleibt aber eine Zukunftsaufgabe, denn die Nachfrage nach Betreuungsplätzen wird weiter zunehmen und damit unser Finanzierungsbedarf.

Wir haben derzeit bei den Kindergärten einen Nettoressourcenverbrauch von 5,5 Millionen EUR (2021). Dieser nicht durch Einnahmen gegenfinanzierte Kostenblock hat sich in den letzten 7 Jahren nahezu verdreifacht und belastet damit in finanzieller Hinsicht den Ergebnishaushalt. Ähnlich sieht es bei den Schulen aus. Beide Bereiche zusammen belasten den städtischen Haushalt mit rund 11 Millionen pro Jahr, so stark wie kein anderer Bereich. Zwar hat der Gemeinderat letzte Woche im Kontext der Aufgabenkritik die Verwaltung beauftragt, Verhandlungen mit den Trägern

aufzunehmen, um die Beteiligungsquoten zu senken, doch können dadurch allenfalls geringe Effekte erzielt werden.

Durch den wachsenden Nettoressourcenverbrauch geraten unser Haushalt und der aller anderen Kommunen schleichend in eine strukturelle Schieflage, unabhängig von Corona. Es gibt einen gesetzlichen und damit einklagbaren Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuungsplätze. Wir müssen diese Plätze schaffen und in unserem Haushalt finanzieren. Da die entstehenden Kosten nicht vollständig durch den kommunalen Finanzausgleich abgedeckt werden, wird in Folge dessen unser finanzieller Handlungsspielraum für andere Zukunftsaufgaben enger.

Als Zukunftsaufgabe sehen wir neben Schulen und Kindergärten weiterhin das Themafeld der **Bildung**. Trotz Krisenzeit gewährleisten wir die schulische Daseinsvorsorge. Mit Sanierung und Teilneubau des *Droste-Hülshoff-Gymnasiums*, der Generalsanierung der *Achertschule* und dem Umbau der ehemaligen *Edith Stein Schule* nehmen wir die wichtige Aufgabe der Schulhaussanierung wahr, ertüchtigen den Bestand und tragen zur nachhaltigen Energieeinsparung bei. Rund 18,5 Millionen EUR ist das uns wert.

Bei der **Mobilität** stehen weitere Schritte an. Nachdem die Verkehrszählungen ausgewertet sind, sollen das Parkierungskonzept und das dynamische Parkleitsystem in den nächsten Jahren umgesetzt werden. Bis 2022 planen wir 1,2 Millionen EUR ein. Zeitgleich entwickeln wird die Radkonzeption weiter, investieren in das Radwegenetz rund 700.000 EUR und starten einen erneuten Versuch, den zentralen Bus-Rendezvousplatz zu verlegen, um mit Blick auf den Friedrichsplatz und die geplante Fußgängerhängebrücke die Qualität dieses innerstädtischen Bereichs zu erhöhen.

Auch das Parkhaus auf der *Groß'schen Wiese* nimmt Form an. Es ist Bestandteil des umfassenden Mobilitätskonzepts und soll dazu beitragen, die Innenstadt vom Parksuchverkehr zu entlasten, und schafft zusätzlichen Parkraum für Besucher der Stadt, auch in Hinsicht auf die **Landesgartenschau 2028**, an der wir weiterhin festhalten. Das ist ein Trumpf für die 20er Jahre, den wir jetzt erst recht ausspielen werden.

Die Landesgartenschau ist ein leistungsfähiges Konjunkturprogramm für die örtliche Wirtschaft und ein zugkräftiger Motor für die künftige Stadtentwicklung. Deshalb werden wir in Rottweil trotz knapper Kassen an der Landesgartenschau festhalten. Wir brauchen jetzt mehr denn je ein gemeinsames Zukunftsprojekt für die Rottweiler Stadtgesellschaft in den kommenden Jahren, das uns Zuversicht und Gemeinsinn vermittelt. Es bleibt daher bei der Vision einer nachhaltigen Stadtentwicklung unter dem Motto „Höher.Grüner.Weiter.“

An dieser Stelle sollte man sich nochmals in Erinnerung rufen, warum eine Landesgartenschau für uns so wertvoll ist: Zum einen gewährt das Land eine direkte Förderung von 5 Millionen Euro. Damit können wir das Neckartal und den grünen Ring um unsere Innenstadt nachhaltig aufwerten – sowohl was die Ökologie als auch was den Naherholungswert anbelangt. Dazu kommt aber auch: Mit einer Landesgartenschau löst man gewissermaßen das Ticket für weitere Landesmittel, die indirekt in begleitende Projekte einer Landesgartenschau fließen. Zu nennen sind beispielsweise Fördertöpfe für die Stadtsanierung und für die Mobilitätswende. Bis 2028 haben wir mit der Landesgartenschau ein Instrument, solche Gelder bevorzugt nach Rottweil zu leiten. Denn auch das Land hat ein Interesse daran, dass bis zur Landesgartenschau in Rottweil wichtige Infrastrukturprojekte fertig gestellt sind. Danach sind dann allerdings andere Städte dran. Wir sind hier bereits sehr erfolgreich: Mit der LGS im Rücken ist es uns gelungen, Fördermittel zur Sanierung der Brücke in der Lehrstraße und für den Neubau der Brücke an der Spittelmühle zu gewinnen. Brücken, die wir sonst auch hätten sanieren müssen und zwar auf eigene Kosten! Auch für den Bau des Parkhauses können wir mit einer Förderung von über 3 Millionen Euro rechnen – ohne LGS kaum vorstellbar. Ganz aktuell haben wir für den Handel in der Innenstadt ein Innenstadtmanagement aufgebaut, das durch einen Landeszuschuss unterstützt wird. Auch hier hat das Argument LGS 2028 Türen geöffnet.

Allerdings müssen wir abspecken. Nicht alles, was wir uns vorgenommen haben, was wir uns in unserer Gemeinderatsklausur erwünscht haben, ist finanzierbar. Unsere Aufgabe und die Herausforderung, die jetzt anstehen, werden sein, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Sparen ist angesagt! Das Verschieben von zwar sinnvollen und wichtigen aber nicht finanzierbaren Planungen in die Zukunft nach dem Jahr 2028, wenn diese nicht zum

Ausstellungsjahr der Landesgartenschau fertiggestellt sein müssen; zum Kern der LGS-Planung zählen

- die Gestaltung und Renaturierung des Neckarufers,
- die Pegelverlegung und Altlastensanierung,
- die barrierefreie Überwindung von Bahn und Fluss,
- der Ringzughaltepunkt,
- die Verlegung des ENRW-Standortes,
- die Parkgestaltung und
- viele sinnvolle Anregungen aus der Bürgerbeteiligung.

Dem Rotstift zum Opfer fallen könnten etwa die Bereiche nördlich und südlich des zukünftigen Landesgartenschaugeländes, die allein rund 5 Millionen EUR Budget binden. Das sind:

- der Lückenschluss des Neckartalradweges und
- die sog. Neckarperlen in der Altstadt

sowie die vom Gemeinderat sehr großzügig in Aussicht gestellten pauschalen 3 Millionen EUR für sechs Ortsteile. Anstelle der Pauschale bieten sich förderfähige Maßnahmen mit einem Bezug zur LGS an, wie etwa die Gewässerökologisierung oder die Einbindung des Ortsteils in das Radwegenetz.

Meine Damen und Herren,

unsere finanzielle Leistungsfähigkeit ist endlich. Im Jahr 2023 sind unsere frei verfügbaren Finanzmittel aufgebraucht. Alle investiven Kostensteigerungen und alle neuen Investitionsvorhaben können dann nur noch über Kredite finanziert werden. Zwar würden wir damit von unserer bisherigen Haushaltspolitik abweichen, Kreditaufnahmen grundsätzlich zu vermeiden. Allerdings hat die Kreditfinanzierung kommunaler Investitionen aufgrund der Niedrigzinsphase mit Kreditkonditionen von um die 0,00 % und aufgrund der Negativzinsen für Ersparnis ihren Schrecken verloren. Und auch unter finanzpolitischen Gesichtspunkten sollte der Gemeinderat die Fremdfinanzierung von wichtigen Projekten in unserer Stadt in sein Kalkül mit einbeziehen.

Zusammenfassung

Meine Damen und Herren,

der vorliegende Haushaltsplanentwurf sieht im ordentlichen Ergebnis zwar einen Verlust in Höhe von 7,06 Millionen EUR vor. Allerdings kann dieser Verlust durch Entnahme aus den Rücklagen ausgeglichen werden.

Die Abschreibungen mit rund rd. 5,8 Millionen EUR sind nicht erwirtschaftet.

Für die anstehenden Investitionen sind im Finanzplanungszeitraum rund 90 Millionen EUR vorgesehen, die nur zum Teil aus eigener Kraft finanziert werden können. Ab dem Jahr 2023 wird die Finanzierung über Kreditaufnahme notwendig. Die liquiden Eigenmittel schrumpfen auf die gesetzliche Mindestliquidität.

Wir legen Ihnen einen Planentwurf vor, der zwar für das anstehende Haushaltsjahr 2021 durch Entnahmen aus der Rücklage ausgeglichen ist, mittel- bis langfristig verlieren wir allerdings an Finanzkraft.

Die finanzpolitischen Ziele des Gemeinderates werden im nächsten Jahr eingehalten.

Dank

Ich bedanke mich beim Fachbereichsleiter Herrn Herbert Walter, der im Anschluss gleich die Details erläutern und auf das Zahlenwerk eingehen wird.

Mein Dank gilt ebenso Frau Heinze und Frau Hoffmann stellvertretend für die gesamte Kämmerei, die zahlreiche Stunden dafür aufgewandt haben, den Haushalt in bewährter Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachbereichen und Eigenbetrieben zu erstellen.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso ein herzliches Dankeschön für die Unterstützung in einer besonderen Zeit, die uns alle viel abverlangt. Auch für die Zukunft ist ein motiviertes Rathausteam und eine funktionierende Zusammenarbeit die notwendige Basis dafür, dass wir die im Haushalt verankerten Projekte und Maßnahmen erfolgreich umsetzen können.

Ihnen, liebe Stadträtinnen und Stadträten, danke ich für die konstruktive Zusammenarbeit im laufenden Jahr und hoffe auf eine Fortsetzung des gedeihlichen Miteinanders im kommenden Jahr. Ich wünsche Ihnen und uns dann im neuen Jahr gute Haushaltsberatungen, die unter den erschwerten Bedingungen von Corona dann in der Mehrzweckhalle in Göllsdorf stattfinden, während hier in der Stadthalle dann das Kreisimpfzentrum seine Arbeit aufgenommen hat.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche und gesunde Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2021!

HAUSHALTSENTWURF 2021

Einbringung Gemeinderat 16. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Broß,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Stadt Rottweil war in den vergangenen Jahren finanziell auf einem guten Weg. Mit stetig steigenden Steuereinnahmen und einer konsequenten Haushaltsdisziplin ist es gelungen wertvolle Ergebnis-Rücklagen anzusammeln, Liquidität aufzubauen und dennoch die notwendigen Investitionen in Angriff zu nehmen.

Heute haben wir eine völlig andere Ausgangssituation.

In schwieriger konjunktureller Lage sind uns die Erträge aus der Gewerbesteuer, aus unserem Einkommensteueranteil aber auch aus dem Finanzausgleich insgesamt massiv weggebrochen. Die Corona-Pandemie hat uns nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich mit voller Wucht erwischt. Die Auswirkungen sind tiefgreifend.

Unter diesen Voraussetzungen war und ist ein Haushaltsausgleich nicht zu schaffen. In der Stadtkasse klafft ein Loch. Die Überschrift für den diesjährigen Haushalt müsste daher lauten: **„Ein Haushalt mit Millionenlöchern“**.

In den Jahren 2021 und 2022 stehen wir mit hohen Fehlbeträgen mit dem Rücken an der Wand. Wir können unseren laufenden Betrieb nicht erwirtschaften.

Sie sehen mich heute zwar mit einer sorgenvollen Miene, aber nicht in Panik. Was uns bevorsteht ist schwierig, aber mit gemeinsamer Kraftanstrengung leistbar.

Ab dem Jahr 2023 können wir wieder einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen, aber nur dann, wenn der erhoffte Aufschwung kommt, wenn die strikte Haushaltsdisziplin beibehalten wird und wenn wir gemeinsam alle Möglichkeiten zur Steigerung der Ertragskraft des Ergebnishaushaltes ausschöpfen.

Soviel zum Einstieg. Lassen Sie mich nun mit der Detailbetrachtung beginnen. Ich werde hierbei Vergleiche ziehen zu unterschiedlichen Bezugsgrößen: zum Rechnungsergebnis 2019, zum Haushalt 2020, zum Nachtrag 2020 oder auch zur Finanzplanung 2020; je nachdem, welche Bezugsgröße die Veränderung am besten verdeutlicht.

Zunächst zu den Erträgen im Ergebnishaushalt.

ERTRÄGE	69.072 T€	100 %
Steuern	36.691 T€	53,12 %
Zuweisungen, Zuwendungen	18.673 T€	27,03 %
Öffentlich-rechtliche Entgelte	4.207 T€	6,09 %
Sonstige Erträge	2.263 T€	3,28 %
Privatrechtliche Entgelte	2.178 T€	3,15 %
Umlagen, Erstattungen	2.175 T€	3,15 %
Auflösung Zuschüsse, Beiträge	1.951 T€	2,82 %
Gewinnanteile, Zinsen u. ä.	642 T€	0,93 %
aktivierte Eigenleistungen	291 T€	0,42 %

Der Ergebnishaushalt hat auf der Ertragsseite ein Volumen von 69,1 Millionen Euro. Zum Vergleich: Das Rechnungsergebnis 2019 hatte ein Volumen von 75,5 Millionen Euro.

Auf der Ertragsseite möchte ich auf die Steuern und auf die Zuweisungen näher eingehen, da diese beiden Blöcke mehr als 80 Prozent aller Erträge ausmachen.

Zunächst zu den Steuern.

	HH 2020	NT 2020	HH 2021	Differenz	
	T€	T€	T€	HH 2021/ HH 2020 T€	HH 2021/ NT 2020 T€
Steuern und ähnliche Abgaben	40.190	34.683	36.691	-3.499	2.008

davon:

Grundsteuer A	71	71	70	-1	-1
Grundsteuer B	4.130	4.130	4.150	20	20
Gewerbsteuer	15.000	11.700	12.500	-2.500	800
Einkommensteueranteil	15.490	13.829	14.671	-819	842
Umsatzsteueranteil	3.088	2.860	2.888	-200	28
Vergnügungssteuer	1.100	920	1.100	0	180
Hundesteuer	117	117	118	1	1
steuerähnliche Erträge	24	24	24	0	0
Familienleistungsausgleich	1.170	1.032	1.170	0	138

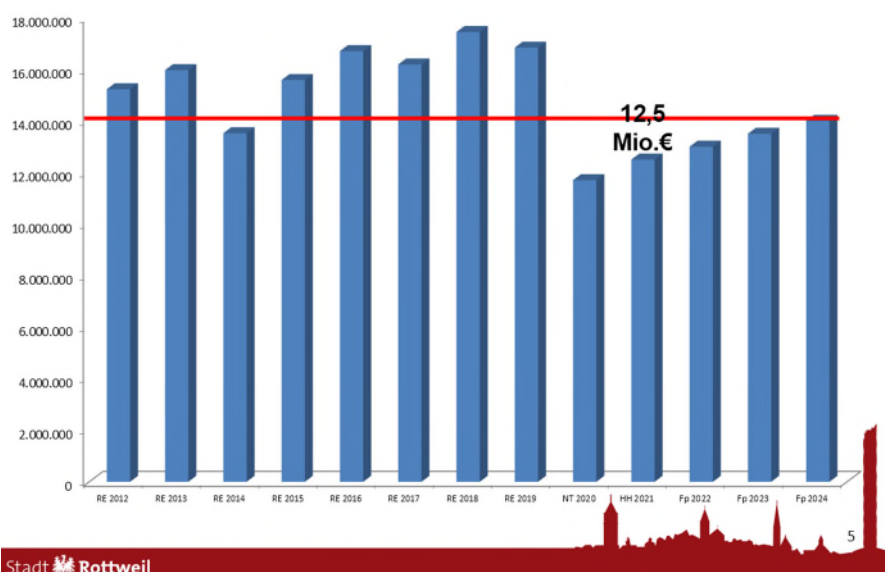
Die Steuern belaufen sich auf insgesamt 36,7 Millionen Euro. Das sind zwar 2 Millionen Euro mehr gegenüber dem Nachtrag 2020, aber 3,5 Millionen Euro weniger gegenüber dem ursprünglichen Haushalt 2020.

Die Verringerung betrifft zum einen unseren Einkommensteueranteil mit 800.000 Euro und zum anderen die Gewerbesteuer mit 2,5 Millionen. Noch deutlicher wird die Verschlechterung, wenn bei der Gewerbesteuer der Vergleich zum Rechnungsergebnis 2019 gezogen wird. Die Verschlechterung liegt dann nämlich bei 4,3 Millionen Euro.

Bund und Land haben den Gewerbesteuerausfall für das Jahr 2020 kompensiert. Wir haben hier *einmalig* 4,2 Millionen Euro erhalten. Diese Mittel lösen allerdings im 2-Jahres-Rhythmus beim Finanzausgleichssystem einen Bumerangeffekt aus. Wir verschlechtern uns im Jahr 2022 und verbessern uns im Jahr 2024. In der Nettobetrachtung der Jahre 2020 - 2024 verbleiben uns von 4,2 Millionen Euro Kompensationsmitteln lediglich 820.000 Euro, das entspricht rund 20 Prozent. Der Rest fließt wieder zurück in den Finanzausgleich. Auch wenn uns diese Mittel im Jahr 2020 extrem geholfen haben, handelt es sich eher um eine Hilfe zur Liquiditätssicherung als um einen Ausgleich des Ertragsausfalls.

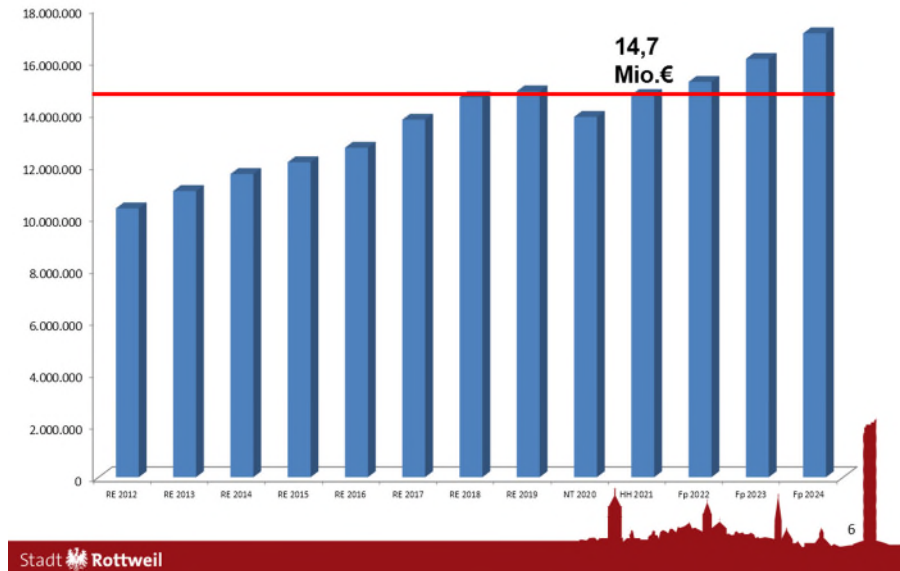
Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung haben wir bei der Gewerbesteuer vorsichtig kalkuliert. Für das Jahr 2021 haben wir mit 12,5 Millionen Euro das aktuelle IST-Aufkommen des Jahres 2020 als Planansatz übernommen und diesen in den Folgejahren jeweils um 500.000 Euro erhöht. Am Ende des Finanzplanungszeitraumes werden wir aber damit noch immer unter dem Niveau der Vorjahres-Rechnungsergebnisse liegen.

Gewerbesteuer



Unser größter Einzelposten im Ergebnishaushalt ist aber nicht die Gewerbesteuer, sondern unser Einkommensteueranteil mit 14,7 Millionen Euro. Hier haben wir die Daten aus dem Haushaltserlass des Finanzministerium Baden-Württemberg zugrunde gelegt. Nach schmerzhaften Rückgängen in den Jahren 2020 und 2021 werden wir voraussichtlich im Jahr 2022 das Rechnungsergebnis 2019 wieder überschreiten.

Einkommensteuer



Dann zu den Zuweisungen und Zuwendungen.

	HH 2020	NT 2020	HH 2021	Differenz	
	T€	T€	T€	HH 2021/ HH 2020 T€	HH 2021/ NT 2020 T€
Zuweisungen, Zuwendungen	19.431	21.906	18.673	-758	-3.233

davon:

Schlüsselzuweisungen	8.674	8.674	7.661	-1.013	-1.013
Zuweisungen Kindergarten	4.007	4.248	4.227	220	-21
Zuweisungen Schulen	3.127	3.127	3.167	40	40
Investitionspauschale + Große Kreisstadt	2.515	4.852	2.249	-266	-2.603

Diese belaufen sich auf 18,7 Millionen Euro. Das sind 750.000 Euro weniger gegenüber dem Haushalt 2020 und 3,2 Millionen Euro weniger gegenüber dem Nachtrag 2020. Die Verschlechterung betrifft mit 1 Million Euro die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und mit 2,6 Millionen Euro die Zuweisung an die Großen Kreisstädte. Die Ursache liegt hier - wie bereits bei den Steuern erwähnt - bei den einmaligen Gewerbesteuerkompensationsmitteln.

Den Erträgen stehen Aufwendungen in Höhe von 76,1 Millionen Euro gegenüber.

AUFWENDUNGEN	76.130 T€	100 %
Transferaufwand	29.432 T€	38,66 %
Personalaufwendungen	21.788 T€	28,62 %
Sach- und Dienstleistungen	14.870 T€	19,53 %
Abschreibungen	6.231 T€	8,18 %
Sonstige Aufwendungen	3.790 T€	4,98 %
Zinsen	20 T€	0,03 %

Den größten Anteil haben die Transferaufwendungen mit 39 Prozent, gefolgt von den Personalaufwendungen mit 29 Prozent und den Sach- und Dienstleistungen mit 20 Prozent. Auf diese drei Blöcke werde ich detaillierter eingehen.

Zunächst zu den Transferaufwendungen.

	HH 2020	NT 2020	HH 2021	Differenz	
	T€	T€	T€	HH 2021/ HH 2020 T€	HH 2021/ NT 2020 T€
Transferaufwendungen	27.059	27.122	29.432	2.373	2.310

davon:

FAG-Umlage	8.973	8.973	9.497	524	524
Kreisumlage	11.630	11.630	11.592	-38	-38
Gewerbesteuerumlage	1.419	1.107	1.182	-237	75
Entnahme Rückstellungen	-1.652	-1.652	-81	1.571	1.571
Förderung Kiga anderer Träger	5.682	6.001	6.257	575	256

Diese betreffen vor allem die Umlagen im Finanzausgleich, also die Finanzausgleichsumlage, die Kreisumlage und die Gewerbesteuerumlage. Dazu kommt die Betriebskostenumlage für Kindergärten anderer Träger. In der Nettobetrachtung erhöhen sich die Transferaufwendungen um insgesamt 2,3 Millionen Euro. Davon entfallen jeweils rund 500.000 Euro auf die FAG-Umlage und auf die Betriebskostenumlage sowie 1,5 Millionen Euro entfallen auf die geringeren Entnahmen aus den Rückstellungen.

Die Kreisumlage haben wir mit dem Hebesatz von 28 v. H. berechnet. Die am Montag vom Kreistag beschlossene weitere Reduzierung ist also noch nicht berücksichtigt. Diese werden wir über die Änderungsliste einplanen. Dasselbe gilt für die in der letzten Woche gefassten Beschlüsse zu den Themen aus der Haushaltstrukturkommission.

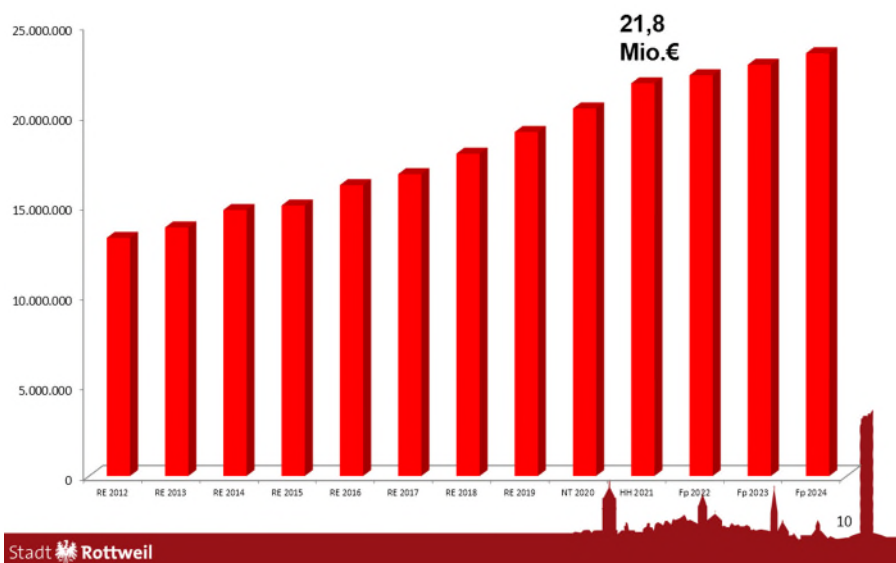
Dann zu den Personalaufwendungen.

Die Personalaufwendungen in 2021 belaufen sich auf 21,8 Millionen Euro. In der Finanzplanung 2020 wurden die Personalaufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 auf 21,6 Millionen Euro geschätzt. Der neue Planansatz überschreitet damit die Prognose um 200.000 Euro.

Gegenüber dem Nachtrag des laufenden Jahres beträgt die Veränderung 1,4 Mio. Euro.

Die Veränderungen setzen sich zusammen aus den vom Gemeinderat bereits beschlossenen Stellen; allein 16,44 neue Stellen im Bereich der Kinderbetreuung. Hinzu kommen dann noch die normalen Tarifsteigerungen.

Personalaufwendungen



Dann zu den Sach- und Dienstleistungen.

	HH 2020	NT 2020	HH 2021	Differenz	
	T€	T€	T€	HH 2021/ HH 2020 T€	HH 2021/ NT 2020 T€
Sach- und Dienstleistungen	14.046	13.972	14.870	824	898

davon:

Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	5.100	4.894	5.306	206	412
Bewirtschaftung Grundstücke	3.962	4.005	4.168	206	163
Unterhaltung Grundstücke u. baul. Anlagen	2.158	2.181	2.100	-58	-81
Straßen, Wege, Plätze, Straßenbeleuchtung	1.286	1.386	1.572	286	186

Der größte Brocken der Sach- und Dienstleistungen entfällt in der Einzelbetrachtung auf die Gebäudewirtschaft; nämlich auf die Bewirtschaftung und die Unterhaltung unserer Grundstücke und unserer Gebäude. In der Summe sind hier 6,3 Millionen Euro veranschlagt.

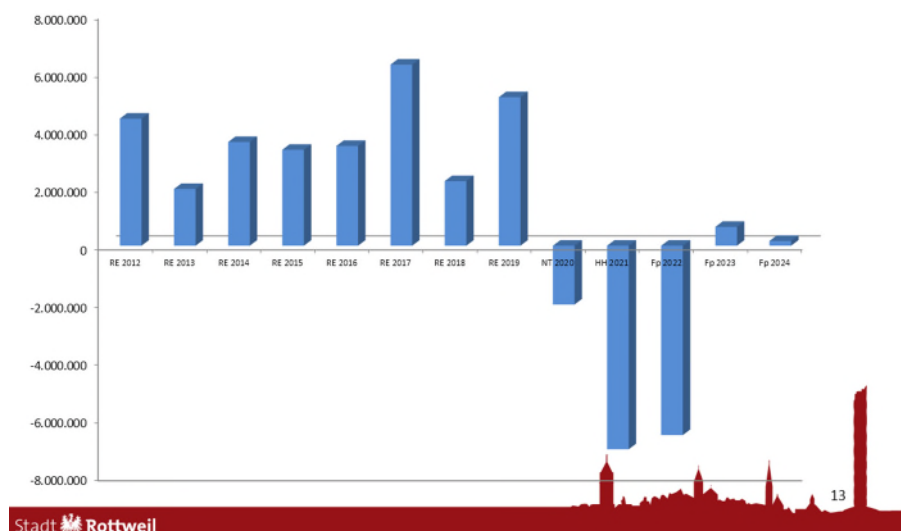
Bei den Änderungen der Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen fällt unsere Landesgartenschau ins Gewicht. Hier wurden 125.000 Euro mehr eingestellt; Mittel für das Altlasten-Sanierungskonzept.

In der Nettobetrachtung der Ertrags- und Aufwandsseite ergeben sich folgende ordentliche Ergebnisse für den Ergebnishaushalt:

	Fp 2021	Fp 2020	Veränderung
Haushaltsjahr 2021 - Fehlbetrag	- 7.058 T€	+430 T€	- 7.488 T€
Haushaltsjahr 2022 - Fehlbetrag	- 6.565 T€	+136 T€	- 6.701 T€
Haushaltsjahr 2023 - Überschuss	+ 652 T€	+693 T€	- 41 T€
Haushaltsjahr 2024 - Überschuss	+ 165 T€		

Im Gegensatz zu den Annahmen im Nachtrag 2020 werden wir durch die Soforthilfen des Landes aus heutiger Sicht im Jahr 2020 wohl noch mit einem blauen Auge davon kommen. Aber der Haushalt 2021 wird für uns eine echte Herausforderung. Die massiven Steuereinbrüche allein in den Jahren 2021 und 2022 belaufen sich auf 13,2 Millionen. Hinzu kommen jährlich 200.000 Euro fehlende Holzerlöse aus dem Forsthaushalt sowie ständig steigende Aufwendungen bei der Kinderbetreuung; allein in diesem Jahr plus 700.000 Euro.

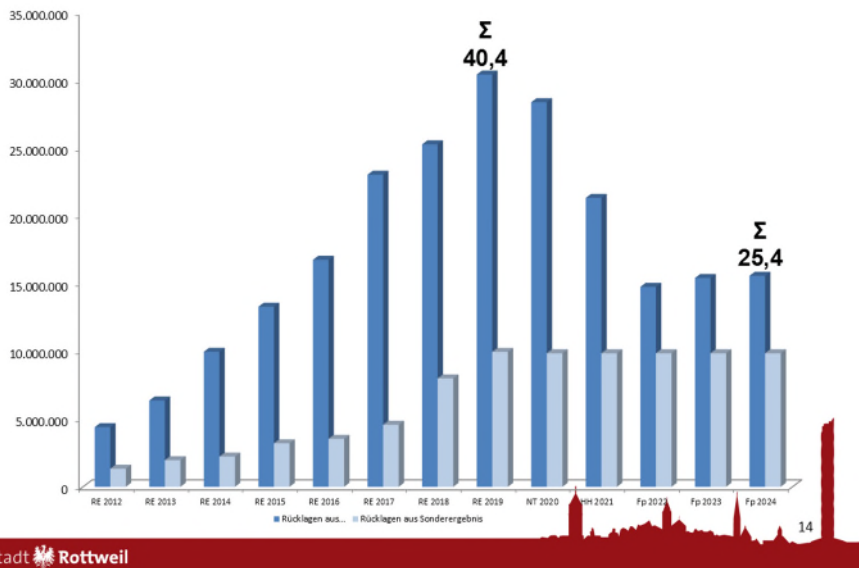
Ordentliches Ergebnis



Wir können die Situation nur meistern, weil es uns in der Vergangenheit gelungen ist, Überschüsse in den Ergebnismrücklagen anzusammeln. Die Ergebnismrücklagen belaufen sich zu Beginn des Haushaltsjahres 2020 auf 40,4 Millionen Euro. Im Finanzplanungszeitraum werden diese um 15 Millionen Euro auf 25,4 Millionen Euro schrumpfen.

Ab dem Haushaltsjahr 2023 können wir wieder mit positiven ordentlichen Ergebnissen rechnen. Allerdings hat die Konjunkturlage derzeit viele Einflussfaktoren, die die Haushaltsplanung schwer planbar machen. Bei der Haushaltsaufstellung war die Direktive an die Kollegen in der Verwaltung als Obergrenze den Durchschnitt der Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre einzuhalten, und dies obwohl der laufende Betrieb schon lange ausgemostet ist. Weitere Einsparungen sind nur mit Leistungskürzungen oder mit der Reduzierung des Standards möglich.

Rücklagen

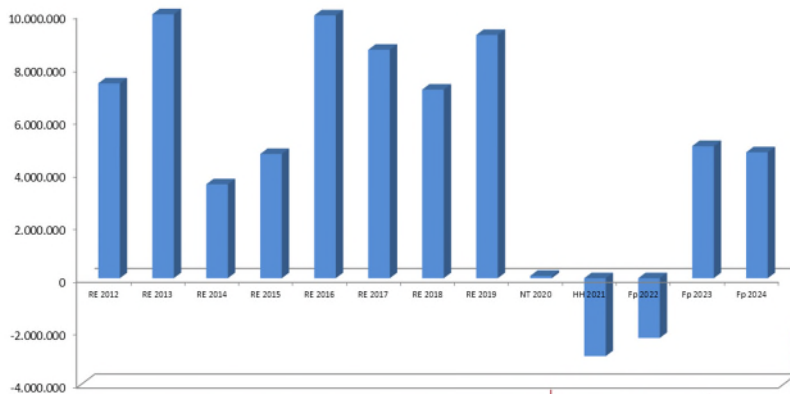


Soviel zur Ertragslage, dann zur Finanzlage.

Die Einzahlungen und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit entsprechen dem Zahlungsverkehr, der auf dem Ergebnishaushalt beruht.

Der Zahlungsmittelüberschuss als Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ist ein wichtiger Indikator für die finanzielle Leistungsfähigkeit. Er gibt an, welcher Betrag aus dem laufenden Betrieb für Investitionen erwirtschaftet wird. Wie sich beim Blick auf die Grafik zeigt, leben wir in den Jahren 2021 – 2022 von der Substanz, denn wir haben hier einen negativen Zahlungsmittel-„Überschuss“.

ZMÜ Verw.tätigkeit



Im Finanzplanungszeitraum sind Investitionen mit rund 90 Millionen vorgesehen.

	GESAMT T€	2021 T€	2022 T€	2023 T€	2024 T€	SUMME 2021-2024 T€
DHG (Sanierung, Teilneubau, Abbruch, Container)	13.544	3.191	2.604	3.561	744	10.100
LGS 2028	11.500	500	700	1.500	4.900	7.600
Sanierungsgebiet "In der Au"	6.283	565	741	2.127	2.450	5.883
Kiga andere Träger (Investitionszuschüsse)	5.520	2.240	200	1.415	1.665	5.520
Parkhaus Zentrum	5.325	825	4.300	200		5.325
Generalsanierung Achertschule	3.874	1.550	1.700	274		3.524
Neubau Sporthalle	3.500	50	350	1.550	1.550	3.500
Brücke Duttenhofer Straße über DB	2.850	80	500	2.150		2.730
Sanierungsgebiet "Stadtmitte"	7.360	400	400	700	1.000	2.500
Straßen Neckartal	2.128	100	600	1.200	220	2.120
Erschließung Bronnenkohlrutzen, Hausen	2.950	1.450	500			1.950
Erschließung Hegneberg 2. BA	1.500			1.000	500	1.500
Kiga Eisenbahnstraße	1.250	1.250				1.250
Stahlbrücke an der Spittelmühle	2.100	1.000	200			1.200
Kaiserstraße	1.605	1.000	165			1.165
Neubau Kindergarten Spitalhöhe	3.400	1.000				1.000
Erschließung neues Gewerbegebiet RW	1.000		50	500	400	950
Fritz-Osterburg-Straße	900		50	750	100	900
Parkleitsystem	880	280	600			880
Lindenstraße	840	720	120			840
Tuttlinger Straße	800	400	400			800
Schelmenbrücke	800			500	300	800
Rückbau B 27	750	50	50	650		750
Erschließung Immengärtle, Zepfenhan	740			80	660	740
Brücke Kläranlage Neufra	700	700				700

Mehr als die Hälfte davon entfallen auf das DHG, die Landesgartenschau, unsere Sanierungsgebiete, die Baumaßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung, das Parkhaus Zentrum und die Generalsanierung der Achertschule.

Von entscheidender Bedeutung ist die Finanzierungart. Das Investitionsvolumen wird finanziert etwa zur Hälfte aus Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (also Zuwendungen, Zuschüsse und Beiträge), zu 31 Prozent aus dem Finanzierungsmittelbestand (also dem Sparbuch), zu 5 Prozent aus dem laufenden Betrieb und zu 15 Prozent mit Kreditaufnahmen.

Nach vielen Jahren ohne Kreditaufnahmen haben sich die Verhältnisse verändert. In den Jahren 2023 und 2024 sind Kreditaufnahme in Höhe von 13,8 Millionen Euro erforderlich. Hierbei sind die voraussichtlichen Mehrkosten im Bereich der Achertschule und beim Parkhaus Zentrum noch nicht berücksichtigt.

Die vorgesehenen Kreditaufnahmen können meines Erachtens hinsichtlich der Niedrigzinspolitik der EZB durchaus als vertretbar erachtet werden. Dennoch ist ein genaues Abwägen unerlässlich. Um eine dauerhafte Schieflage unserer Finanzen zu vermeiden, muss bei den Investitionen noch stärker auf die Folgekosten aber auch auf die Zeitschiene geachtet werden.

Abschließend nochmals die zentralen Botschaften des Haushaltes 2021:

- in den Jahren 2021 und 2022 klaffen im Ergebnishaushalt Millionenlöcher;
- ab dem Jahr 2023 erwarten wir wieder positive ordentliche Ergebnisse;
- für die Finanzierung der Investitionen sind ab dem Jahr 2023 Kredite erforderlich;
- die Lage ist schwierig, aber bei gemeinsamer Kraftanstrengung leistbar.

Ich bedanke mich bei allen, die bei der Erstellung des Gesamtwerkes mitgewirkt haben. Der Dank gilt vor allem den Abteilungen im Fachbereich 1 und hier an vorderster Stelle Frau Heinze und Frau Hoffmann, aber auch den anderen Fachbereichen und Abteilungen, die uns zugearbeitet haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.